



Bundshaushalt

Sehr geehrte Damen und Herren,

ein Bundshaushaltsüberschuss sorgt kaum für Politikverdross.

Sollte man meinen, ist aber nicht so.

Im Haushalt der Bundesrepublik Deutschland (Bundshaushalt) ist 2016 ein Überschuss von 6,2 Mrd. Euro „erwirtschaftet“ worden, nachdem im Vorjahr bereits ein Überschuss von 12,8 Mrd. Euro entstanden ist. Der Bund sitzt also aus beiden Jahren auf einer Verfügungsmasse von 19 Mrd. Euro.

Hierzu ist zunächst zu bemerken, dass diese Überschüsse keineswegs ein Verdienst von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble sind, obwohl dieser das gerne für sich reklamiert. Es ist durchaus nicht so, dass die Überschüsse das Ergebnis einer sinnvollen Ausgabensteuerung und sparsamen Wirtschaftens sind. Die dafür maßgeblichen Ursachen liegen vielmehr außerhalb der Einflussphäre der Bundespolitik.

Verantwortlich für die Kassenlage des Bundes ist zum Einen die unverändert boomende Konjunktur in Deutschland, die ständig steigende Steuereinnahmen in die Bundes- und Länderkassen spült und den Trägern der Sozialversicherung höhere Beitragseinnahmen beschert (so hat auch die Arbeitsagentur das Jahr 2016 mit einem Rekordgewinn von 4,9 Mrd. Euro abgeschlossen).

Zum Anderen kann sich Herr Schäuble bei Mario Draghi bedanken, dem Präsidenten der Europäischen Zentralbank, der mit seiner Politik des billigen Geldes die Finanzmärkte flutet und im Interesse der europäischen Peripherieländer dafür sorgt, dass es für Geldanlagen praktisch keine Zinsen mehr gibt und dass in der Konsequenz sogar Negativzinsen drohen.

Der größte Nutznießer dieser Politik ist natürlich der größte Schuldner im Lande, der Bund. Dessen Zinsausgaben haben sich gegenüber dem Haushaltsjahr 2010, in dem 40,2 Mrd. Euro für Zinsen aufgewendet werden mussten (Höchststand), mehr als halbiert; nicht etwa weil der Bund seinen Schuldenstand zurück geführt hätte, sondern allein weil das Zinsniveau seitdem so dramatisch gesunken ist. Wir können davon ausgehen, dass der Bund in den letzten 10 Jahren etwa 100 Mrd. Euro an Ausgaben infolge gesunkener Zinsen eingespart hat.

Und wenn Sie bei Herrn Schäuble heute Geld anlegen wollen, dann müssen Sie ggf. über die Anlagesumme hinaus noch Geld mitbringen, denn je nach Laufzeit sind die Renditen der Bundesanleihen negativ. Wenn der Finanzminister auch für die nächsten Jahre Zinsausgaben von ca. 20 Mrd. Euro einplant, dann liegt das allein daran, dass für die in der Vergangenheit emittierten Bundesanleihen mit teilweise sehr langer Laufzeit der damaligen Kapitalmarktsituation entsprechend höhere Zinsen bedungen worden sind. Und die werden uns noch über Jahre belasten.

Der in den letzten beiden Jahren erzielte Haushaltsüberschuss hat erwartungsgemäß die politischen Parteien und Verbände auf den Plan gerufen, die nun mehr oder weniger lauthals darüber streiten, was der Bund denn nun mit dem Geld machen soll, das er eigentlich unerwartet auf der hohen Kante hat. Die CDU/CSU und mit ihr der Bundesfinanzminister möchten die Überschüsse zum Schuldenabbau verwenden, die SPD und die Oppositions-

Meschede, Januar/Februar 2017

parteien wollen mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen das Geld für Investitionen in die marode Infrastruktur, das Bildungswesen oder den Sozialausgleich ausgeben, und der Bund der Steuerzahler fordert vehement steuerliche Erleichterungen für die Bundesbürger.

Wie hätten Sie es denn gerne? Für jede der genannten Verwendungen lassen sich gute Argumente anführen. Es wird Sie nicht wundern, wenn ich als Steuerberater Steuersenkungen favorisiere, zumal es dafür ziemlich „knackige“ Begründungen gibt. Denken Sie zum Beispiel an den Solidaritätszuschlag, der im Zeitablauf immer unsäglich geworden ist, da er seine ökonomische Begründung/Rechtfertigung (Schaffung gleicher Lebensverhältnisse in den alten und neuen Bundesländern durch Investitionen in den Aufbau Ost) längst verloren hat. Weil der Solidaritätszuschlag allein dem Bund zusteht, kann der Bundestag ohne Mitwirkung des Bundesrats über das Schicksal der Steuer entscheiden. Aber die Bundespolitiker bringen es einfach nicht fertig, dieses unsinnige Monstrum endlich abzuschaffen. Dabei will ich gerne daran erinnern, dass es 1998 möglich war, den Soli von ursprünglich 7,5 % auf jetzt 5,5 % abzusenken, obwohl es damals Milliardendefizite im Bundshaushalt gab.

Oder denken Sie an das Ärgernis der kalten Progression. Inflationsbedingt hat der Staat seit 2010 durch den Zugriff des progressiven Einkommensteuertarifs etwa 35 Mrd. Euro Mehrsteuern eingenommen, denen keine wirtschaftliche Mehrleistung gegenüber steht. Darüber geredet haben die Politiker schon viel, aber...Dabei ist die kalte Progression eine der wichtigsten Ursachen dafür, dass in Deutschland die sog. Steuerquote (Steueraufkommen in % des Bruttoinlandsprodukts) im internationalen Vergleich hoch ist und wir von Jahr zu Jahr immer länger arbeiten müssen, um unseren Staat zu finanzieren, bevor wir uns über das Nettoeinkommen zur freien Verfügung freuen können.

Aber seien wir realistisch: Wir leben in einem Wahljahr, im September wird der Bundestag neu gewählt. Und in einem solchen Wahljahr am Ende der Legislaturperiode ist es mehr als unwahrscheinlich, dass die große Koalition die Kraft für Maßnahmen zur Senkung des Steueraufkommens aufbringt. Was bleibt also realistischerweise? Ein Einstieg in den Schuldenabbau! Wann, wenn nicht jetzt, sollten wir beginnen, die fast unermesslich hohen Staatsschulden zurückzuführen (ein klein wenig, aber es wäre immerhin ein Anfang!). Wir dürfen nicht aus den Augen verlieren, dass wir in Deutschland Staatsschulden von insgesamt mehr als 2,2 Billionen Euro (das ist eine Zahl mit 13 Stellen!) vor uns her schieben, eine horrend Last für zukünftige Generationen! Da wäre der Einstieg in den Abbau ein sehr gutes Signal. Unabhängig davon sollten natürlich in der nächsten Legislaturperiode Steuersenkungen zum Programm gehören!

Ich hoffe, Sie hatten einen guten Start ins neue Jahr.

Ihr

Wenn Sie Interesse am Nachlesen der bisher erschienenen Kolumnen haben, finden Sie diese auf unserer Homepage www.dr-rieden.de